

18

Bonn, 18. November 1960

Sprecher: Adenauer, Barzel, Blank, Burgbacher, (Johannes) Even, Gerstenmaier, Katzer, Krone, [von Merkatz], Süsterhenn, Frau Weber, Zimmer.

Parteiengesetz. Auseinandersetzung mit dem DGB.

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 18.40 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir werden schnell fertig sein, da wir nicht beschlußfähig sind.¹ Es haben sich entschuldigt: Adorno, Dr. Seebohm, Dr. Meyers, von Lautz², Dr. Pferdenges, Dr. Gurk, Dr. Jochmus, Etzel, Strauß, Lemmer, Osterloh, Dichtel, Dr. Hellwig, Dr. Fricke, Dittmar, Scheufelen, Johnen, Dr. Altmeier, Dr. Rehling, Dr. Schmidt.

Das ist nach meiner Meinung eine kleine Illusion zu den Ausführungen von Herrn Kraske: Ran an die Arbeit! – Das gilt auch für die Vorstandsmitglieder. Wir haben zu unserer Freude zum erstenmal Herrn von Merkatz³ hier, den ich herzlich willkommen heiße. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß der Bundesschatzmeister zunächst einen Vortrag über die finanzielle Lage hält. Einen Beschluß können wir nicht fassen.

PARTEIENGESETZ

Burgbacher: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf erinnern an die letzte Bundesvorstandssitzung, in der angeregt wurde, mit Rücksicht auf die

-
- 1 Lt. § 33 des Statuts müssen zur Beschlußfähigkeit von Organen der Partei mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sein (vgl. Statut von 1960 in CDU, 9. Bundesparteitag S. 7).
 - 2 Julius von Lautz (1903–1980), 1955–1973 MdL Saar (CDU), 1959–1968 Minister der Justiz. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1302 Anm. 79.
 - 3 Dr. Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982), 1949–1969 MdB (ab 1960 CDU), 1960–1961 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 603 Anm. 44.

verschiedenen Umstände zur vollen Staatsfinanzierung der Parteien überzugehen.⁴ Es war auf Beschluß dieser Vorstandssitzung eine Fünfer-Kommission aus den Herren Etzel, Dr. Schröder, Dr. Stoltenberg, Dr. Kraske und dem Bundesschatzmeister eingesetzt worden. Diese Fünfer-Kommission hat wiederholt getagt, und ich denke, es war richtig gehandelt, daß bei dieser Fünfer-Kommission immer ein Vertreter der CSU dabei war, weil wir diese Fragen parallel behandeln müssen.

Nach der Bundesvorstandssitzung sind eine Reihe von Parteifreunden aus dem Bundesvorstand zu mir gekommen und haben erhebliche Bedenken, über die in der Bundesvorstandssitzung nicht gesprochen worden war, gegen die Staatsfinanzierung ausgesprochen. Diese Bedenken waren einmal grundsätzlicher Art, nämlich die Partei allein aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Darüber kann man streiten. Diese Bedenken gingen aber auch dahin, daß die SPD bei einer vollen Staatsfinanzierung – wenn wir von 30 Millionen sprechen – etwa 12 Millionen zusätzlich zu den Mitteln bekommen hätte, die sie schon für ihre Finanzierung hat, während wir nur auf diese Mittel der Staatsfinanzierung angewiesen wären. Die SPD hat ihre Wahlkampffinanzierung schon jetzt gesichert. Sie hat neun Millionen aus Parteibeiträgen. Sie hat mindestens sechs Millionen aus ihren Zeitungen. Sie hat mindestens vier Millionen aus anderen Quellen des In- und Auslandes zur Verfügung. Eine Staatsfinanzierung, die die SPD im Plenum zwar schwer bekämpft hätte, hätte es aber nicht verhindern können, daß sie eben doch zu dem obengenannten Betrag gekommen wäre.

Das ist also eine schwierige Situation. Und in dieser schwierigen Situation haben wir inoffizielle Fühlungen, zum Teil direkt, zum Teil um eine oder mehrere Ecken, mit der SPD und der FDP gemacht. Das Ergebnis dieser Fühlungen war, daß die SPD – ich drücke es kurz und prägnant aus, selbstverständlich waren die Ausdrücke etwas verdeckter, aber sie sind nicht anders zu lesen – erklärte, wir werden einen Teufel tun, ihr könnt beantragen in diesem Bundestag, was ihr wollt, ihr könnt die steuerliche Privilegierung oder die Staatsfinanzierung beantragen, wir werden gegen alles stimmen, und wir werden aus allem eine politische Propaganda machen. Wir denken nicht daran, den Dorn des Bundesverfassungsgerichtsurteils⁵ aus dem Fuß zu ziehen.

Die FDP steht auf dem Standpunkt, daß sie sich unserer Meinung vermutlich anschließt. Sie will keine Meinung veröffentlichen und nichts Endgültiges beschließen, ohne mit uns gesprochen zu haben.

Ich unterscheide bei unserem Finanzbedarf zwischen dem laufenden Bedarf und dem des Bundestagswahlkampfes. Ich bitte Sie um Verständnis, wenn ich keine absoluten Zahlen nenne, ich möchte nur sagen, daß der laufende Bedarf in etwa zu einem Drittel aus Beiträgen, zu einem Drittel aus den Einnahmen der Verlagsgesellschaft und zu einem Drittel aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren

⁴ Vgl. Nr. 17 S. 860–869.

⁵ Gemeint ist das Urteil über die Finanzierung der politischen Parteien vom 24. Juni 1958. Vgl. Nr. 4 Anm. 27.

ist, wenn die vorhandenen fünf Millionen auf zehn Millionen erhöht werden. Die Bundestagswahl ist überhaupt nicht zu finanzieren, und es bleiben für uns nur zwei Möglichkeiten zu erörtern übrig: einmal die volle Finanzierung durch den Bundeshaushalt, d.h. mit der notwendigen Mehrheit im Bundestag durch die CDU und die FDP gegen die SPD, mit den Folgen – die für die SPD groteskerweise eintreten –, daß die Opposition uns das politisch um die Ohren schlägt, dafür aber noch sozusagen doppelte Wahlmittel für den Wahlkampf bekommt.

Die andere Möglichkeit ist, in Respekt vor dem Karlsruher Urteil zu sagen: Wir müssen also eine Finanzierung über Spenden, vor allem aus wirtschaftlichen Kreisen, bekommen, die aber steuerlich nicht absetzbar sind, also, daß sie aus versteuertem Einkommen, d.h. aus Vermögen, bezahlt werden.

Die Verhandlungen waren, wie Sie verstehen werden, nicht einfach. Die Fünfer-Kommission hat beschlossen:

1. Eine steuerliche Privilegierung von Spenden in diesem Bundestag erscheint politisch unmöglich. Die SPD hat z.B. erkennen lassen, daß sie mit dem Argument opponieren würde: Nun wissen wir, warum keine Konjunkturgesetze kommen. Hier wird es honoriert. Obwohl das politisch unsinnig ist und in keinem Verhältnis steht: es ist so. Deshalb hat die Fünfer-Kommission gesagt, diese steuerliche Privilegierung kann man aus politischen Gründen in diesem Bundestag nicht herbeiführen.
2. Wenn die Spenden aus dem Vermögen gezahlt werden, will die Fünfer-Kommission dem Bundesvorstand und, wenn dieser es billigt, der Fraktion vorschlagen, das Parteiengesetz in diesem Bundestag nicht mehr zu verabschieden, sondern erst im ersten Jahr des neuen Bundestages.
3. Die fünf Millionen im Bundeshaushalt sollen noch in dieser Periode auf zehn Millionen erhöht werden, und zwar möglichst unter Wegfall der Zweckbindung. Bei der Diskussion über diese Zweckbindung spielt der BHE-Prozeß in Karlsruhe⁶ eine gewisse Rolle. Aber die Fünfer-Kommission glaubt sich mit dem Bundesparteivorsitzenden und hoffentlich mit Ihnen einig, mit der Feststellung, daß an der Frage, ob der BHE einige hunderttausend DM bekommt oder nicht, die Sicherheit der Parteifinanzierung nicht aufgehängt werden kann.
4. Wenn es nicht gelingt, die klare Erklärung der verantwortlichen Männer der Wirtschaft zu bekommen, die Mittel aus dem Vermögen – was zweifellos auch politisch der sauberste Weg ist – zu zahlen, dann muß, ob wir wollen oder nicht, über eine weitere Erhöhung der Staatsfinanzierung debattiert und beschlossen werden.

Damit war es möglich, die Kreise der Wirtschaft vor die Alternative zu stellen: entweder Staatsfinanzierung oder Finanzierung aus dem Vermögen. Die Wirtschaft hat sich nach längeren Verhandlungen und Überlegungen dazu entschieden, daß ihre verantwortlichen Sprecher die Erklärung abgaben, daß sie diese Bundestagswahlen aus Spenden des Vermögens finanzieren wird. Sie hat uns allerdings dabei zwischen 15 und 20 % der Mittel, die wir gefordert haben, abgehandelt. Ich bitte die

6 Verfassungsklage des GB/BHE – vgl. Nr. 17 Anm. 81.

hier anwesenden Vertreter der Landesverbände – Sie bekommen es noch im Bundesfinanzausschuß der Partei im einzelnen mitgeteilt –, zweierlei zur Kenntnis zu nehmen:

Die notwendigen Maßnahmen für Plakatierungen, Fernsehgeräte usw. sind vorgesehen. Die juristische Klarstellung der Finanzierung erfolgt um die Jahreswende. Die Zusage ist gegeben. Wir werden auch auf Wunsch der Wirtschaft und aus eigener Erkenntnis im Frühjahr mit einer Mitgliederwerbung beginnen. Wir überschätzen ihren Erfolg nicht, es ist aber nötig, einmal zu demonstrieren, daß die CDU, obwohl sie über zehn Jahre die maßgebende Partei in der Bundesregierung ist, auch heute noch so arm ist wie Job⁷; im Gegensatz zur Oppositionspartei, die als Rechtsnachfolgerin ihrer alten Partei Wiedergutmachungsansprüche hatte. Die CDU als Partei der neuen Zeit hatte nichts Derartiges. Deshalb brauchen wir Mitglieder und Beiträge.

Gerade in dieser Tatsache, daß wir arm wie Job sind, ist ein politisch nicht unwirksames Element enthalten. (*Adenauer*: Nein, das ist psychologisch ganz falsch!) Dann bitte ich um Ihre Äußerung dazu; aber eine Mitgliederwerbung würden wir gern machen. Ich bin der Meinung, daß es so ist. Aber Sie haben die größere Erfahrung, und wir werden uns Ihrer Erfahrung anschließen. Es ist aber auch erforderlich, den Kreisen in der Wirtschaft zu demonstrieren, wie notwendig ihre Spenden sind, um den Wahlkampf durchführen zu können. Das wollen Sie bitte nicht übersehen bei dieser Betrachtung.

Die finanzielle Lage ist im Augenblick so, daß der Verlag⁸ ständig Aufschwung nimmt, daß die Auflagen der Zeitschriften und Korrespondenz sich erhöhen und demzufolge die Einnahmen steigen. Wir haben eine GmbH gegründet, die den Hausbesitz haben soll, und zwar das Haus Nassestraße und das neue Grundstück in Bonn, das wir kaufen wollen, worauf das CDU-Haus des Bundes errichtet werden soll.⁹ Es ist ein Grundstück neben dem Grundstück des Roten Kreuzes. Die eine Straße heißt Friedrich-Ebert-Allee. Wir werden aber den Eingang nach der anderen Straße legen. (*Heiterkeit.*)

Von den Landesverbänden haben – darin sehen Sie, wie prekär die Lage ist – vier Verbände nur noch Mittel für weniger als vier Monate, die anderen haben Mittel für sechs Monate. Vermögen hat die Partei so gut wie keins, außer dem Grundstück in der Nassestraße. Das Grundstück in Bonn ist noch nicht bezahlt; das können wir noch nicht als Vermögen ansehen.

Der Bundesfinanzausschuß der Partei und die Fünfer-Kommission sind der Meinung, daß auch die Länder in ihren Haushaltsplänen in weitgehendem Umfange öffentliche Mittel einsetzen müssen. Eine Reihe von Ländern hat das schon getan. Bei einigen anderen ist es in Vorbereitung. Das können wir nur dort verlangen, wo die

7 Alttestamentarische Gestalt.

8 Verlagsgesellschaft „Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands“ (vgl. Stöss 1 S. 652).

9 Vgl. Nr. 20 Anm. 5.

CDU wesentlich mitbeteiligt ist. Es wird angestrebt, den laufenden Bedarf und damit die Sicherheit für die Besoldung und Versorgung des hauptamtlichen Mitarbeiterstabes aus öffentlichen Mitteln sicherzustellen. Der Wahlkampf läuft vorläufig weiter – das ist ein wesentlicher politischer Unterschied – aus versteuertem Einkommen, d.h. aus Vermögen.

Adenauer: Gegen eine Mitgliederwerbung bin ich gar nicht; ich würde nur nicht plakatierten, wir seien so arm wie Job. Wer sich so arm macht, dem glaubt keiner. Und wenn Sie eine Fotografie von Ihnen daneben hängen, glaubt das erst recht keiner! (*Heiterkeit.* – *Burgbacher:* Wir sind es aber!) Geschäftsordnungsmäßig ist die Sache so: Wir sind nicht beschlußfähig. Deswegen möchte ich Ihnen vorschlagen, Sie nehmen zustimmend Kenntnis von dem, was gesagt worden ist. (*Zimmer:* Wer finanziert die FDP?)

Burgbacher: Dieselben Leute nach derselben Methode! (*Zimmer:* Das dürfen nicht dieselben sein!) Ich muß unsere Freunde ziemlich enttäuschen. Im Verhältnis zur Zahl ihrer Mandate bekommt diese sogar ein wenig mehr! (*Zimmer:* Das ist nicht richtig, die haben doch vier Jahre lang Opposition gemacht!)

Adenauer: Die FDP hat in diesen Kreisen Freunde, die nicht Freunde von uns werden wollen.

Weber: Ich möchte sagen, daß ich es außerordentlich bedaure, daß wir so wenig Mitglieder haben. Ich meine, wir geben uns nicht genug Mühe, um genug Mitglieder zu bekommen. Eine Partei muß sich zunächst einmal selbst auf die Beine stellen können. Warum werben wir nicht mehr? Warum haben wir nicht mehr Vertrauensleute, die sich eine Ehre daraus machen, Mitglieder zu werben? Das möchte ich doch einmal ganz deutlich sagen.

Adenauer: Vor etwa zwei Jahren haben wir eine Mitgliederwerbung gemacht durch ein Schreiben, das ich unterzeichnet habe. Dabei sind nicht einmal die Portokosten eingekommen! Das war das Ergebnis dieser Werbung! (*Zuruf:* Mitglieder kann man nur durch Hauswerbung bekommen!) Ich würde es machen nach dem Schneeballsystem.

Weber: Die Zentrumspartei ist eine Mitgliederpartei gewesen. Die Stadt Essen ist zum erstenmal rot geworden, weil wir nicht genug Vertrauensleute und daher auch keine Fühlungen mit den einzelnen Wählern in den Bezirken hatten.

Adenauer: Herr Burgbacher hat eine Mitgliederwerbung im Frühjahr vorgeschlagen. Ich stelle fest, daß Sie zustimmend davon Kenntnis nehmen. – Wird sonst noch das Wort gewünscht? Herr Barzel!

AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM DGB

Barzel: Ich will die Versammlung nicht aufhalten, aber es wäre gut für alle am Schluß dieser Tagung, wenn es keinen Mißton gäbe wegen der Gewerkschaftsfrage. Ich selbst habe den DGB verlassen, trotzdem möchte ich auf folgendes hinweisen. Wir

wissen, daß jeder dritte Arbeiter die CDU wählt, und eine Fülle von Arbeitern, die in der Gewerkschaft organisiert sind, sind unsere Wähler. Wir kennen die Bemühungen der Kirchen. Wir wissen, was Pater Reichel¹⁰ vorgeschlagen hat. Wir wissen auch, was Herr Arnold für Erfolg hatte.

Ich will nun meine Angelegenheit überspitzt ausdrücken. Vor die Frage gestellt: CDU oder DGB, werden eine Reihe selbst unserer Freunde dem DGB den Vorzug geben. Das ist überspitzt formuliert. Ich würde es daher dankbar begrüßen, wenn wir Herrn Brenner, der so vorgeprescht ist¹¹, nicht zu hart antworteten. (*Adenauer*: Ich habe doch Herrn Brenner gelobt!¹²) Herr Bundeskanzler! Ich wollte noch zwei Sätze sagen. Wir sollten Herrn Brenner nicht dadurch Rückenwind geben, daß wir diese Formulierung, wie sie gebraucht wurde, nicht zum Ausdruck bringen. Ich wäre dankbar, und alle könnten hier wohl zustimmen, wenn wir den undemokratischen Charakter der Gewerkschaften dahin gehend formulierten, daß sie die Minderheit mißachten. (*Burghacher*: Oder wie eine sozialdemokratische Gliederung auftreten!) Das wäre auch eine Erleichterung für die Arbeit unseres Kollegen Katzer.

Adenauer: Zwei Sachen wollen wir säuberlich auseinanderhalten. Heute vormittag habe ich im Bürgerverein – und wie ich glaube, mit Recht – darauf hingewiesen, was Herr Kollege Gerstenmaier eben ausgeführt hat, daß hier die Gewerkschaften nach dem sozialdemokratischen Parteiprogramm eine politische Aufgabe bekommen haben.¹³ Und das haben sie auch! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das steht ausdrücklich drin. Lesen Sie es durch!¹⁴ Wenn ich das also ausspreche, so kann sich darüber keiner beklagen, und das werde ich noch öfters sagen! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich werde noch öfters sagen, daß man den Brenner in Ruhe lassen soll; denn das schadet dem Brenner viel mehr. Warum soll ich nicht etwas Vergeltung üben?

Und nun wollen wir mal offen miteinander sprechen, meine Herren! Wenn jetzt hier ernsthaft behauptet wird, in den Gewerkschaften ginge es nach demokratischen Spielregeln zu, dann muß ich Ihnen sagen, daß mir x Leute von denen, die zu uns gehören, in den vergangenen Jahren die Unwahrheit gesagt haben. Die haben mir doch

10 Dr. Herbert Reichel SJ (1913–1983), bis 1965 Berater der Christlich-Sozialen Kollegenschaft im DGB. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 1249 Anm. 38. – Pater Reichel wollte mit dem DGB brechen und die Kollegenschaft außerhalb des DGB arbeiten lassen (vgl. Gesellschaftspolitische Kommentare 20 vom 15. Oktober 1960 S. 225–228; vgl. auch SCHROEDER).

11 Brenner hatte auf dem 6. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall vom 17. bis 22. Oktober 1960 in Berlin Vorschläge zur planwirtschaftlichen Neuordnung der Wirtschaft gemacht (vgl. AdG 1960 S. 8746f.); Text des Referats in „Der Gewerkschafter“ 11 vom November 1960 S. 4–9.

12 Auf der Sitzung des Bundesparteiausschusses am 18. November 1960 (ACDP VII-001-021/9 S. 20).

13 Adenauer meint Äußerungen Gerstenmaiers in der Sitzung des Bundesparteiausschusses unmittelbar vor dieser Bundesvorstandssitzung (ACDP VII-001-021/9 S. 45–50).

14 Druck: SPD, Parteitag 1959 in Bad Godesberg, Grundsatzprogramm, S. 21f.: „Die Gewerkschaften in der Wirtschaft“.

vorgetragen, wie es gemacht wird, wie die Leute gepreßt werden, in die Gewerkschaft hineinzugehen. Nennen Sie das demokratisch, wenn jemand gepreßt wird, in diese Organisation hineinzugehen? Das nenne ich höchst undemokratisch! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Daß sie fälschen, wenn sie Leute delegieren, daran denke ich gar nicht; die werden gewählt, und das wird in Ordnung sein, aber für mich ist der Charakter der Gewerkschaften entscheidend, daß nämlich die Arbeitnehmer gezwungen werden, den Gewerkschaften beizutreten.

Katzer: Herr Bundeskanzler! Wir brauchen uns nicht darüber zu unterhalten, daß wir große Sorgen um die Gewerkschaften haben. Wir sind im Wahlkampf, und in den Gewerkschaften steckt ein großes Wählerpotential von uns. Es geht darum, diese Zahl nicht nur zu erhalten, sondern sie noch zu erhöhen. Wenn nun der Satz, den Sie gesprochen haben, in die Öffentlichkeit kommt – nämlich „es gibt nichts Undemokratischeres als die Gewerkschaften“ –, dann habe ich die Sorge, daß wir damit Leute von uns wegbringen, die an sich zu uns gehören; ob zu Recht oder zu Unrecht, das ist eine andere Frage. Aber ich habe die Sorge, daß das gegen uns gerichtet sein könnte. Ich kenne die Situation in der Arbeitnehmerschaft bis hinein in die katholische Arbeitnehmerschaft. Bei den evangelischen Arbeitnehmern steht es ganz anders. Wir haben Verlautbarungen der evangelischen Kirche, wonach sich Bischof Lilje ausdrücklich für die Einheitsgewerkschaft ausgesprochen hat. Das dürfen wir als Partei nicht übersehen. (*Adenauer*: Ich bin doch auch für die Gewerkschaften!)

Aber wenn Sie sagen, es gibt nichts Undemokratischeres ... (*Adenauer*: Ich will Ihnen ja helfen!) Aber Sie helfen mir nicht! Die Formulierung von Herrn Gerstenmaier könnte uns helfen: Es ist ein unmöglicher Zustand, daß die christlich-demokratischen Leute überstimmt und vergewaltigt werden. Das ist undemokratisch. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß die Gewerkschaften als Satellit der SPD auftreten. (*Adenauer*: Gut, dann korrigieren Sie das! Das war ja das, was ich gemeint habe! – *Zurufe*: Sehr richtig!)

Die Reaktion des jungen Mannes aus Berlin heute¹⁵ hat gezeigt, daß Ihre Worte in dem Sinne interpretiert worden sind, wie ich sie auch aufgefaßt habe. Der betreffende Satz im Grundsatzprogramm der SPD lautet: „Sie kämpfen um größere Freiheit und handeln als Vertreter aller arbeitenden Menschen. Sie sind damit wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses.“ Ich weiß nicht, ob dieser Satz die Interpretation zuläßt, die Sie gegeben haben, Herr Bundeskanzler. Ich fürchte, es kommt eine Diskussion auf, von der ich mir keine Erleichterung für unsere Arbeit erhoffe, im Gegenteil, sondern eine Erschwerung. Wir haben dieses Debakel – Herr

¹⁵ Gemeint ist eine Stellungnahme von Günter Dach in der Sitzung des Bundesparteiausschusses (ACDP VII-001-021/9 S. 42). – Günter Dach (geb. 1915), seit 1946 gewerkschaftlich organisiert, 1949–1964 Leiter der Abteilung Presse-Werbung-Rundfunk bei der DAG, LV Berlin; 1958–1975 Mda Berlin (CDU).

Even¹⁶ ist ja bei uns –, daß die Freunde aus dem Gewerkschaftsbund herausgegangen sind. Es war nicht sehr erfolgreich; das darf ich doch sagen. Pater Reichel hat den Schritt jetzt gemacht, aber auch ohne Erfolg.

Die Frage ist, auf die Spitze getrieben: Wollen Sie, daß wir hinausgehen? Wollen Sie, daß wir den Laden verlassen? – Wenn es so ist, dann machen wir einen Appell, und dann gehen aus dem Laden ein paar Leute hinaus, aber die Masse der Leute bleibt trotzdem drin, und die treiben Sie in die Arme der SPD.

Herr Bundeskanzler! Täuschen Sie sich bitte nicht. Meine Sorge ist groß. Das Godesberger Programm – Sie mögen es nehmen, wie Sie wollen – hat eine andere Situation in der Arbeiterschaft insofern geschaffen, als dieses Programm im Jahre 1961 für gewisse Leute, für die im Jahre 1957 die SPD noch keine Alternative war, diese möglicherweise eine Alternative geworden ist. Das sollten wir in unsere Überlegungen mit einbeziehen.

Adenauer: Deswegen müssen wir es doch bekämpfen! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Sie bekommen mich niemals dafür, daß ich diesen Satz des Godesberger Programms unangefochten lasse! Niemals!

Gerstenmaier: Ich habe auch den Eindruck wie die beiden Herren, daß es sehr wichtig ist in dieser Phase, wie wir handeln. Wir müssen allmählich für unsere Reihen Klarheit schaffen. Und dem hat heute die große Rede des Herrn Bundeskanzlers gedient. Ich kann nicht beurteilen, weil ich zu sachfremd bin, ob es zweckmäßiger ist, drinzu bleiben oder auszutreten. Das kann ich nicht entscheiden, solange Herren von uns, die so viel darin arbeiten, der Meinung sind, daß es trotz allem doch zweckmäßiger ist, drinnen zu bleiben. Aber ich meine, daß wir den Nachdruck des Kampfes darauf legen sollten, daß wir in einer ungewöhnlich harten Weise das Minderheitenrecht als demokratisches Grundrecht herausstellen. (*Even:* Das haben wir ja alles schon versucht!)

Ich meine nur, was wir von Partei wegen sagen können, ist doch, daß wir im Namen der demokratischen Grundrechte für Leute unserer Gesinnung das Minderheitenrecht als das Allermindeste von ihnen verlangen. Das ist unser erklärtes Recht, solange diese Leute von Demokratie reden. Minderheitenrecht heißt nicht, daß wir stumm werden sollen, sondern wir sollten unter allen Umständen sagen, es paßt uns nicht, daß die IG-Gewerkschaften eigentlich nichts anderes sind als Gleichschaltungsorgane der SPD. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Begreifen Sie doch endlich, daß wir die Gleichschaltung durch die SPD angreifen und bekämpfen müssen bis aufs Messer. Wir sollten uns das Leben nicht schwierig machen mit problematischen Positionen! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Herr Bundeskanzler! Ich muß sagen, nachdem ich diesen Satz aus dem Godesberger Programm von Herrn Katzer gehört habe, ist mir deutlich geworden, warum mir dieser Satz vorher nicht aufgefallen ist. Ich hätte Bedenken, auf diesem Satz eine

16 Johannes Even (1903–1964), 1949–1964 MdB (CDU), 1955 Mitgründer und 1. Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 350 Anm. 83.

so profunde Attacke zu basieren. Der Sockel ist nicht stark genug, um ein gewaltiges Denkmal darauf zu errichten, wie Sie es getan haben. – Aber ich nehme an, daß Ihnen Herr Wehner noch einen Gefallen getan hat. Wenn ich mich recht erinnere, haben Sie ein Zitat von Wehner gebracht. (*Krone*: Das Riegel-Zitat¹⁷!) Nein, ich meine das, das sich auf die Gewerkschaften bezieht.

Adenauer: Lassen wir – ich wiederhole – zwei Sachen genau auseinanderhalten! Wenn Sie sagen wollen: Stark undemokratisch, sie unterdrücken die Minderheit – dann bin ich einverstanden. Aber, meine Herren, der Satz im Godesberger Programm ist ein sehr wichtiger Satz: „Sie kämpfen um größere Freiheit und handeln als Vertreter aller arbeitenden Menschen.“ Zum Teufel, wer gibt ihnen denn das Recht zu sagen: „aller arbeitenden Menschen“? Wir haben in Deutschland über 20 Millionen arbeitender Menschen, und die Gewerkschaften haben etwas über sechs Millionen Mitglieder! Wie können die denn aufgrund des Parteiprogramms sagen: Wir sind die Vertreter aller arbeitenden Menschen? (*Zurufe*: Sehr richtig!) – Es heißt weiter: „Sie sind damit wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses.“ Nun frage ich Sie, was haben die Gewerkschaften mit Demokratisierung zu tun? – Nichts! (*Lebhafte Zustimmung*.) Das ist eine rein politische Sache! Und wenn man hier die Gewerkschaften zu einer politischen Körperschaft macht, so können wir das doch niemals mitmachen. Wo bleibt denn das Parlament? (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Machen Sie sich doch überhaupt einmal die ganze Situation klar mit den Gewerkschaften. Diese können doch im Handumdrehen den ganzen Parlamentsbetrieb stilllegen, indem sie die Eisenbahn zum Erliegen bringen. Sie können Gott weiß was machen. Wir sind völlig in der Hand der Gewerkschaften. So ist es doch allmählich geworden. Und Herr Böckler hätte einen solchen Unfug niemals mitgemacht, wie das jetzt geworden ist. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Barzel: Herr Bundeskanzler! Ich habe es nur zur Sprache gebracht aus dem psychologischen Aspekt, daß wir nicht Dinge zuschütten, die für uns günstig sind. Wichtig ist z.B. das Hineinpressen in die Gewerkschaft. Wenn wir hier eine Zusammenstellung von 15 Fällen hätten, so wäre das sehr gut. Dann könnten wir angreifen mit der Formulierung „Mißachtung der Minderheit“. Das ist populär. Aber wir sollten nicht die Arbeit unserer Freunde erschweren durch solche globalen Sachen.

Adenauer: Das ist der eine Punkt, aber der andere Punkt bleibt doch bestehen!

17 Beim Riegel-Zitat handelt es sich um Ausführungen Wehners zum Godesberger Programm auf dem Godesberger Parteitag 1959: „Ich würde mich gegen ein Programm wenden, das es den Sozialdemokraten erschwert oder gar verbietet, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für das Allgemeinwohl und das Wohl des Volkes schlechthin zu tun für notwendig halten, wenn sie die Macht haben. Unser Programm enthält keinen solchen Vorschlag, enthält keinen solchen Riegel ...“ In: Herbert WEHNER: Wandel und Bewährung. 5. Aufl. Frankfurt/M., Berlin 1981 S. 216. Diese Aussage wurde später als „Riegeltheorie“ bezeichnet (vgl. UiD Nr. 50 vom 17. Dezember 1959 S. 5f.)

Katzer: Herr Bundeskanzler! Herr Minister Dufhues war Zeuge, als in der vergangenen Woche in Dortmund eine Tagung von 350 christlichen Betriebsräten der IG Bergbau zusammentrat.¹⁸ Das ist ein bemerkenswerter Zug zum christlichen Gedanken hin, der für die Partei sehr wichtig ist. In dem Augenblick, wo sich die SPD wandelt und von der Arbeiterpartei umschwenkt oder umzuschwenken versucht, um zu einer verkleinerten Volksausgabe der CDU zu werden, hat die CDU eine große Chance, noch stärker in die Arbeiterschaft hinzukommen als bisher.

Wir haben in Köln die Zusammenfassung der christlich-demokratischen Gruppen und Verbände erreicht mit immerhin eineinhalb Millionen Menschen.¹⁹ Es sind also einige Ansatzpunkte für uns vorhanden, die sehr positiv zu werten sind. Wir können zweierlei nicht bestreiten, daß nämlich die Gewerkschaften erstens nach 1945 eine gute Wiederaufbauleistung vollbracht haben. Das haben Sie selbst den Gewerkschaften schon einmal gesagt. Herr Dufhues hat auf der Tagung mit sehr großem Anklang den Bergbauleuten – die Differenzierung ist immer wichtig – dargestellt, was sie gegen die kommunistische Unterwanderung geleistet haben.

Meine einzige Sorge ist die, daß durch Ihre Ausführungen der Eindruck entstehen könnte: Die CDU mag die Gewerkschaften nicht; die CDU ist gegen die Gewerkschaften. – Wenn wir das verhindern könnten, würden wir die Ansätze wesentlich erleichtern.

Adenauer: Sie scheinen zu meinen, daß ich jeden Gewerkschaftler für einen schlechten Hund ansehe! (*Katzer:* Herr Bundeskanzler! Ich habe ja ...) Haben Sie jetzt „ja“ gesagt? (*Katzer:* Ich habe ja nur die Sorge, daß nach draußen der Eindruck entstehen könnte!) Ich denke nicht daran! Wogegen ich mich wende bei diesem Godesberger Programm, das ist doch, daß die SPD den Gewerkschaften diesen Charakter gibt! (*Katzer:* Einverstanden!) Darüber sind wir doch wohl alle einig! (*Zustimmung.*) Und darauf müssen wir doch hinweisen! Bei dem anderen stimme ich Ihnen zu, nämlich mit der Unterdrückung der Minderheit.

Gerstenmaier: Wir sollten uns über die beiden Punkte einigen: Nachdrückliche Vertretung des Minderheitenrechts und sofortige Unterstützung von seiten der Partei und der Fraktion. Ferner müssen sich unsere Leute noch viel mehr als bisher dagegen wehren, daß der DGB zum Gleichschaltungsorgan für die SPD – nicht der SPD – wird. Praktisch ist er das. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das wird man nicht in Abrede stellen können. Die Geschichte mit dem „Vertreter aller arbeitenden Menschen“ muß Herr Blank besser beurteilen können als ich. (*Burgbacher:* Es gibt 21 Millionen Arbeiter,

18 Tagung der 1959 gebildeten Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer und christlich-sozialer Gewerkschafter der IG Bergbau (vgl. „Die Welt“ vom 7. November 1960; „Soziale Ordnung“ vom Dezember 1960 S. 210).

19 Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongreß am 26. und 27. März 1960, die erste gemeinsame Tagung christlicher Arbeitnehmer nach dem Krieg. Vgl. „Die Welt“ vom 28. März 1960 („Einheit der christlichen Arbeitnehmer“); „Soziale Ordnung“ vom April 1960 S. 65–70; GUNDELACH S. 219–222; SCHROEDER S. 255–261.

und nur sechs Millionen sind Mitglied im DGB!) Ich meine nur, Herr Bundeskanzler, mit diesem Satz läßt sich im Handgemeine polemisch nicht viel erreichen.

Adenauer: In den Gewerkschaften sind vor allem die Industriearbeiter. Aber nehmen Sie einmal die ganzen Landwirte! Sind das keine Arbeiter? Ich meine die kleinen Bauern. Sind das keine arbeitenden Menschen? (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Ich will ja nicht streiten, sondern nur fragen, was ist politisch und polemisch am zweckmäßigsten. Der Herr Brenner hat uns einen großen Gefallen getan. Wir sollten diesen Ball nicht aus der Hand lassen. Ich möchte nicht, daß der Brenner eine psychologische Chance bekommt und sagen kann: Die diffamieren uns in Bausch und Bogen, und es ist alles gelogen, was sie sagen. – Ich möchte nicht, daß er eine Chance bekommt, aus dem Schatten mit unserer Hilfe wieder an die Sonne zu kommen.

Wir sollten uns daher auf zwei unanfechtbare und simple Punkte beschränken – und die sind attraktiv genug –, nämlich auf das Minderheitenrecht und auf die Gleichschaltungsorgane für die SPD.

Süsterhenn: Wir sollten unter allen Umständen auch den Monopolanspruch zurückweisen, den die SPD in ihrem Programm den Gewerkschaften zuweist! (*Lebhafte Zustimmung.*) Das können wir doch unter keinen Umständen akzeptieren! Es ist sehr undemokratisch, wenn eine Organisation, die nur ein Drittel der Arbeitnehmer umfaßt – wobei aber die arbeitenden Menschen nicht nur aus Arbeitern bestehen –, für alle sprechen will. Und der Satz: „Sie sind damit wesentliche Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses“ riecht doch sehr stark danach, als wenn den Gewerkschaften – wie dies aus einzelnen Äußerungen zu entnehmen war – eine klare Vorstellung von Verfassungsorganen fehle und daß sie sich wie eine Superregierung oder ein Überparlament vorkommen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Es ist jedenfalls eine politische Aufgabe! Und was sollen unsere Katholischen Arbeitervereine und die christlich denkende Gewerkschaft an der Saar sagen, wenn wir immerzu den Mund halten! Daß die Gewerkschaften von der SPD ausdrücklich als „Vertreter aller arbeitenden Menschen“ erklärt werden, das kann man sich doch nicht gefallen lassen. (*Lebhafte Zustimmung.*)

Burgbacher: Durch die Debatte von heute abend ist mir und einigen anderen an diesem Tisch wenigstens die große Gefahr in diesen Sätzen des Godesberger Programms voll bewußt geworden. Das ist ja ganz unmöglich, daß wir das anerkennen. Ich habe sogar jetzt den Verdacht, daß dies der Preis dafür ist, daß der DGB der Wirtschaftsklausel zugestimmt hat.²⁰ Er hat den Monopolanspruch bekommen, Vertreter aller arbeitenden Menschen und Träger des ständigen Demokratisierungsprozesses zu sein. Aber Vertreter der Arbeiter sind sie nicht, sondern sie sind Vertreter ihrer Mitglieder. Vertreter der Arbeiter ist, wie ich hoffe, der Bundestag, und zwar gewählt vom deutschen Volke, also auch von den arbeitenden Menschen. Und die

²⁰ Gemeint ist die Wirtschaftsklausel des Godesberger Programms. Druck: SPD, Parteitag 1959, Grundsatzprogramm, S. 17–24, hier S. 21f.

Demokratisierung ist eine politische Aufgabe allererster Ordnung des Bundestages und nicht des DGB.

Gerstenmaier: Aber, Herr Professor, das ist doch völlig unhaltbar – entschuldigen Sie –, weil so etwas Dummes noch keiner von uns in der Öffentlichkeit gesagt hat. Entschuldigen Sie, aber es ist so!

Adenauer: Genau dasselbe haben Sie doch eben da drüben gesagt!

Gerstenmaier: Nein, etwas ganz anderes! Es handelt sich nicht darum, daß wir sie nicht anerkennen, wovon der Herr Professor ausgegangen ist. Davon kann hier keine Rede sein, sondern wir reden hier nur unter dem Gesichtspunkt: Was ist die zweckmäßigste Redewendung, die einleuchtend ist und nicht erst lange – Herr Süsterhenn – interpretiert werden muß, sondern die auf Anhieb einleuchtet, so daß wir damit am besten durchkommen.

Burgbacher: Herr Präsident! Ich bin in der Politik hart im Nehmen, aber das hat alles seine Grenzen! (*Zuruf:* Sehr richtig!) Und das Selbstbewußtsein bei Ihren Ausführungen habe ich schon oft bewundert. Ich möchte Sie aber trotzdem freundlichst bitten, in der Qualifizierung anderer Ausführungen ein wenig so maßvoll zu sein, wie Sie es jetzt von uns verlangen bei der Erörterung dieses Satzes. – Ich bleibe bei allem, was ich gesagt habe, daß nämlich dieser Satz eine politische Unmöglichkeit für einen demokratischen Staat darstellt. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich Ihr Selbstbewußtsein verletzt habe. Aber ich muß sagen, daß es meinem subjektiven Wahrheitsbewußtsein entsprechend auf das exakteste entspricht! (*Bewegung und Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Wohin kommen wir, wenn wir uns bei solchen Sätzen, wo wir nach den Grundlagen unserer Partei einer geschlossenen Meinung sein müßten, Derartiges an den Kopf werfen! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wer von uns kann denn überhaupt sagen: Die Gewerkschaften sind die Vertreter aller arbeitenden Menschen? – Das kann doch keiner bejahen! (*Süsterhenn:* Das ist ein Totalitätsanspruch! – *Zurufe:* Sehr richtig!)

Gerstenmaier: Das ist genau der Vorwurf, den ich dem Herrn Bundesschatzmeister machen muß, daß er die Diskussion auf dieses Geleise gebracht hat. Es kann keine Rede davon sein, nun zu sagen, daß es ein Gegenstand der Fragestellung ist, ob der Satz richtig ist oder nicht. Das habe ich niemals gesagt. Das sagen auch die beiden Herren nicht, sondern das Problem ist allein das, ob man den Satz in der öffentlichen Polemik als einen zentralen Angriffspunkt nehmen soll oder ob man sich auf die anderen Sätze konzentriert, (*Krone:* Das ist eine Frage der Zweckmäßigkeit!) aber nicht eine Frage, ob wir diesen Satz anerkennen oder nicht anerkennen. Ich bitte um Verzeihung, Herr Professor, daß ich das für eine Veränderung der Diskussionsbasis halte, die ich für unmöglich ansehe.

Adenauer: Ich muß den Mann zu meiner Linken in Schutz nehmen; denn so, wie es gesagt wird, ist es nicht richtig, weil fortwährend zwei Sachen durcheinandergeworfen werden: einmal das, was im Godesberger Programm steht, und zweitens meine Äußerungen eben im Parteiausschuß, daß die Gewerkschaften denkbar undemokra-

tisch seien. Das müssen wir auseinanderhalten. Die Herren haben gesagt, wenn das, was ich erklärt habe – daß die Gewerkschaften denkbar undemokratisch seien –, an die Öffentlichkeit gelange, dann richteten wir damit für unsere Interessen einen Schaden an.

Dann sagen Sie doch statt dessen – das hat Herr Barzel vorgeschlagen –, daß in den Gewerkschaften die Minderheiten nicht berücksichtigt werden. Darauf habe ich doch erklärt: Damit bin ich einverstanden. Daraufhin ist die Diskussion nach meiner Meinung abgeschlossen, nämlich über diese Frage. Und nun bleibt noch übrig die Diskussion über diesen Satz des Godesberger Programms.

Krone: Ich will es nicht vertiefen, Herr Gerstenmaier, aber Sie werden mir zustimmen, daß es eine Frage der Zweckmäßigkeit ist, ob man das sagen soll. In der Sache muß ich auch sagen, dieser Satz im Godesberger Programm der SPD bedeutet einen Monopolanspruch, den ich keineswegs anerkennen kann.

Gerstenmaier: Ich bin ja völlig mit Ihnen einig. Ich habe nur gesagt, daß das nicht Gegenstand dieser Debatte ist, sondern der einzige Gegenstand ist der, ob wir unseren Angriff gegen den DGB auf diesen Satz stützen sollten. Und hierauf bezog sich mein einziger Vorwurf an Professor Burgbacher.

Adenauer: Man sieht, es liegt ein langer und arbeitsreicher Tag hinter uns. – Das Wort hat Herr Blank.

Blank: Herr Bundeskanzler! Mich hat die ganze Debatte deshalb befremdet – ich kritisiere kein Wort von dem, was Sie gesagt haben –, weil wir in den Bundestagswahlkämpfen der Jahre 1949, 1953 und 1957 den DGB in den Auseinandersetzungen immer sehr stark gegen uns gehabt haben, daß aber dieser Kampf des DGB mit seinem Anspruch, politisch korrigierend wirken zu wollen, ihm und der Sozialdemokratie geschadet hat.

Ich habe einmal den Satz geprägt: Gebe Gott, daß beim nächsten Bundestagswahlkampf sich der DGB wieder als DGB gegen uns erklärt. – Nun, meine ich, unterliegen viele Leute, auch hier in diesem Saal, einem Irrtum, wenn sie glauben, daß die Mitgliedschaft im DGB gleichbedeutend damit wäre, daß diese Leute auf das sozialdemokratische Parteiprogramm eingeschworen seien. Bei der Führerschicht ist das natürlich selbstverständlich, aber bei der Masse dieser sechs Millionen im DGB ist das nicht der Fall. Sie, die Massen, sagen – und darum glückt auch das Experiment mit den Christlichen Gewerkschaften nicht –, beim DGB ist eine Macht, die für unsere Lohnansprüche, für Urlaub usw. eintritt. Deshalb bleiben wir im DGB.

Wenn es aber darum geht, politische Überlegungen anzustellen und Entscheidungen zu treffen, dann sind doch große Teile der Arbeiterschaft bei uns; denn anders sind unsere Wahlerfolge überhaupt nicht zu erklären. Ohne diesen Anteil von Arbeiterschichten und -stimmen hätten wir diese Erfolge nicht erzielt.

Ich bin der Meinung, wir handeln falsch, wenn wir versuchen, diese Diskussion draußen zu überspitzen. Herr Katzer irrt ganz sicher, wenn er glaubt, daß, wenn wir diese politischen Dinge, die der DGB im Schilde führt, zurückweisen, dies Rückwirkungen auf unsere Leute hätte; nicht im mindesten! Hätten wir eine

Gewerkschaftsbewegung, die genau wie der DGB den Leuten garantieren könnte, normale Dinge des Arbeitslebens durchzusetzen, dann sähe es mit dem DGB ganz anders aus.

Eine andere Frage! Wer von den maßgeblichen, zu uns gehörenden Leuten im DGB wird bereit sein, im kommenden Bundestagswahlkampf als Parteiredner für uns aufzutreten? Das ist nämlich die entscheidende Frage. Wir sollten diese Diskussion, die sich hier abgespielt hat, nicht nach draußen tragen, sondern zunächst abwarten, wie sich der DGB äußert. Er wird sich wahrscheinlich äußern mit dem alten Slogan: Wählt einen besseren Bundestag! – Ich bin überzeugt, wir werden mit dieser Sache genauso fertigwerden wie in den Jahren 1953 und 1957.

Unsere Freunde in den Sozialausschüssen, die ungeheuer viel für uns geleistet haben, die wollen wir – soweit sie Funktionäre des DGB sind – für unsere Partei als Redner in diesem Wahlkampf einsetzen. Gewiß sind Sie, Herr Bundeskanzler, wegen meines Optimismus nicht immer zufrieden, aber sonst gewinnen wir dieses Geschäft nicht.

Adenauer: Vielleicht bin ich jetzt Ihrer Meinung. – Damit, meine Damen und Herren, können wir wohl unsere Sitzung schließen. Ich danke Ihnen.

19

Bonn, 6. April 1961

Sprecher: Albers, [Altmeier], Barzel, Bauknecht, Blank, Blumenfeld, Burgbacher, Dufhues, (Bert) Even, Fay, Fricke, Gerstenmaier, Gurk, [Harlinghausen], von Hassel, Heck, Hoogen, Kraske, Krone, von Merkatz, Müllenbach, Frau Rehling, Schmidt, Schmücker, Schröder, Süsterhenn, Frau Weber, Wuermeling, Zimmer.

Bundesparteitag 1961. Vorbereitungen des Bundestagswahlkampfes. Verschiedenes: Richtergesetz; Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 19.15 Uhr

Von Hassel: Ich darf die heutige Sitzung des Bundesvorstandes eröffnen und Sie herzlich begrüßen. Ich darf stellvertretend für eine Reihe unserer Mitglieder, die im Urlaub oder krank sind, nur unseren Bundesvorsitzenden nennen, der in Cadenabbia